

Einreichendes Amt/Sachgebiet: <b>Stadtratsfraktion</b>
Bearbeiter: <b>UAD-Fraktion</b>

Drucksache-Nr. <b>31-26</b>
--------------------------------

**Beschlussvorlage**

Ausschuss	Datum	Ö	NÖ	genehmigt	genehmigt mit Änderung	abgelehnt
VWFA	11.06.26		X			
STR	25.06.26	X				

TA	VWFA	Stadtrat
<u>Beschluss-Nr.</u>	<u>Beschluss-Nr.</u>	<u>Beschluss-Nr.</u>

Anzeige-/ Genehmigungsbehörde:
Gesetzliche Grundlage der Anzeige-/Genehmigungspflicht:

Die Übereinstimmung der Satzung mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie wird bestätigt:
_____
Unterschrift Amtsleiter

Beteiligte Ämter und Sachgebiete: **siehe Stellungnahme der Verwaltung**

**Antrag zur Erarbeitung eines Blackout-Notfallplans**

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat bis spätestens 1. September 2026 einen Krisennotfallplan vorzulegen, welcher u.a. aufzeigt, wie die Stadtverwaltung in der Stadt Delitzsch und in ihren Ortsteilen bei kurzzeitigem und auch bei einem länger als 72 Stunden andauernden Stromausfall, oder anderer Energiekrise, die öffentliche Ordnung und Sicherheit für die Bürger gewährleistet.  
(Dieser Notfallplan muss, der Entwicklung angepasst, immer aktualisiert werden.)

2. Die sofortige Bildung einer „Arbeitsgruppe Krisenvorsorge“ (AK). Diese besteht aus Vertretern der Stadtverwaltung und jeweils einem Vertreter jeder Fraktion und soll spätestens im Mai 2026 zum ersten Mal zusammenkommen. Diese Arbeitsgruppe erarbeitet als erstes, zusammen mit der Stadtverwaltung, einen Informationsflyer "Blackout - und nun?", welcher Informationen zur persönlichen Krisenvorsorge (für mehr als 72 Stunden) und auch Informationen über Verhaltensweisen bzw. was nach einem Blackout nicht mehr funktioniert, enthält.

**Beratungsergebnis**

Beschlussgremium: Stadtrat						Sitzung am: 25.06.2026	Legende
Einstimmig	Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltungen	Befangenheit	abweichender Beschluss (Rückseite)	STR Stadtrat SKS Schule, Kultur, Soziales TA Technischer Ausschuss VWFA Verwaltungs- und Finanzausschuss

Fortsetzungsblatt zur Drucksache  <b>31-26</b>		Seite 2
--	--	---------

**Begründung/Sachdarstellung:**

Warum Krisennotfallplan, Arbeitsgruppe Krisenvorsorge (AK), Flyer?

Wir dürfen nicht warten, bis der Ernstfall eintritt. Aktuell funktionieren die Lieferketten noch. Die Stadträte müssen beteiligt werden, denn die Stadträte sind die Vertreter der Bürger.

Den Einwohnern müssen Informations- und Anlaufstellen in Delitzsch und Ortsteilen genannt werden. Abläufe und Verantwortlichkeiten müssen definiert werden, um Panik zu reduzieren.

In unerwarteten Notsituationen müssen Schäden minimiert werden und schnell Hilfe vor Ort sein. Je besser Bürger für Krisenzeiten vorsorgen, desto mehr mindert das im Ernstfall den ersten Ansturm.

Ein eigener, konkreter Delitzscher Flyer hat mehr Gewicht in der Bevölkerung als Informationsmaterial vom Bund.

„Wer an der Vorbereitung scheitert, bereitet sich auf das Scheitern vor“ (B. Franklin)

**Anlagen:**

Anlage 1: Beschlussantrag der UAD-Fraktion

Anlage 2: Stellungnahme der Verwaltung

Dr. Wilde Oberbürgermeister	Seite 2 von 2
--------------------------------	---------------